

Rede für die Kundgebung Ein Jahr Atomwaffenverbotsvertrag,

22. Januar 2022 in Mainz-Bretzenheim

Dr. Gernot Lennert, Landesgeschäftsführer der DFG-VK Rheinland-Pfalz

Bezüglich Atomwaffen sind weltweit zur Zeit zwei gegenläufige Tendenzen zu beobachten:

Einerseits haben wir einen gewaltigen Fortschritt bei der Ächtung der Atomwaffen im internationalen Recht erreicht: Im Januar 2021 konnten wir das Inkrafttreten des Atomwaffenverbotsvertrags der Vereinten Nationen feiern. Inzwischen gibt es 59 Vertragsparteien, die den Vertrag ratifiziert haben oder ihm beigetreten sind.

Doch genau die Staaten fehlen, auf die es meisten ankommt: Die Atommächte und ihre Verbündeten.

Nur drei EU-Staaten haben den Vertrag ratifiziert: Irland, Österreich und Malta, die alle nicht der NATO angehören und zumindest in der Vergangenheit eine Politik der Neutralität verfolgten. Ratifiziert hat auch Neuseeland. Diese Beispiele zeigen, dass auch Mitglieder westlicher Bündnisse und der EU den Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnen können.

Während Atomwaffen rechtlich zunehmend geächtet werden, ist die Atomkriegsgefahr enorm gestiegen. Das *Bulletin of the Atomic Scientists* zeigt seit 1947 jedes Jahr in der sogenannten Doomsday Clock, der Weltuntergangsuhr, an, wie hoch die führenden Atomwissenschaftler und –wissenschaftlerinnen die Atomkriegsgefahr einschätzen: 2020 wurde die Weltuntergangsuhr auf 100 Sekunden vor Zwölf gestellt. Der jährliche Termin zur Neueinstellung der Doomsday Clock war vorgestern: Sie steht nun weiterhin auf 100 Sekunden vor Mitternacht. Zum Vergleich. 1981, einem der Höhepunkte des Kalten Kriegs, stand die Uhr auf vier Minuten vor Zwölf. 1991 wurde die Weltuntergangsuhr auf 17 Minuten vor Zwölf gestellt. Man sieht: die Welt war schon einmal weiter.

Rückschläge lassen sich auch an einzelnen Ländern erkennen: Nuklearwaffen werden als Überlebensgarantie gegen Angriffe durch Atommächte gesehen.

Es gab aber auch Staaten, die freiwillig auf ihre Atomwaffen verzichteten: 1994 gaben die Ukraine, Kasachstan, Belarus und Südafrika freiwillig ihre Nuklearwaffen ab. Heute ruft der Präsident der Ukraine wieder nach Atomwaffen. Wie kam es zu diesem Sinneswandel? Der Ukraine wurde damals im Austausch gegen ihre Atomwaffen von den etablierten Atommächten, darunter Russland, ihre Souveränität und ihre territoriale Integrität garantiert. 2014 wurde genau diese Zusicherung gebrochen: Ausgerechnet die Garantiemacht Russland annektierte die Krim, unterstützt seitdem maßgeblich die separatistischen Republiken im Osten der Ukraine und den Krieg dort und stellt generell die Existenz der Ukraine als eigenen Staat in Frage. Heute einen Atomwaffenstaat zu

überzeugen, im Austausch gegen Sicherheitsgarantien seine Nuklearwaffen aufzugeben, ist dadurch schwieriger geworden.

Es gibt weltweit mehrere Regionen, in denen Konflikte in einen Atomkrieg münden können: die koreanische Halbinsel mit dem Atomwaffenstaat Nord-Korea, Ostasien mit Konflikten zwischen der VR China und anderen Staaten in Asien und im Pazifischen Raum, Südasien mit den Atommächten Indien und Pakistan. Angesichts der gegenwärtigen gegenwärtigen Eskalation im Konflikt zwischen Russland einerseits und der Ukraine und der NATO andererseits ist zur Zeit die Gefahr eines Kriegs, der zum Atomkrieg führen kann, in Europa besonders groß.

Umso wichtiger ist es, Menschen und Gruppen zu unterstützen, die sich in Russland und in der Ukraine den Kriegsvorbereitungen entgegenstellen und sich auch dort fürs Verbot von Atomwaffen einsetzen.

Jurij Scheljashenko (Юрій Шеляженко), Geschäftsführer der Pazifistischen Ukrainischen Bewegung, schrieb uns vor einigen Tagen:

Die Staats- und Regierungschefs der Welt drohen einander rücksichtslos mit militärischer Gewalt und Wirtschaftskrieg, wenn ihre Forderungen, die so genannten roten Linien, nicht respektiert werden. Beide „Großmächte“ wollen die Ukraine besitzen und beanspruchen ihr „Recht“, ihre tödlichen Waffen, Truppen und Stützpunkte zu konzentrieren, wo immer sie wollen und so nah beieinander, wie sie wollen. Solche Forderungen stehen nicht nur im Widerspruch zueinander, sondern überschreiten auch eklatant die roten Linien des gesunden Menschenverstands: Niemand hat das Recht, einem anderen eine Waffe oder eine Atombombe an den Kopf zu halten.

Alle Beteiligten sollten sich die roten Linien der Menschen in der Welt vor Augen halten: (1) keine Militarisierung und kein Wettrüsten auf Kosten von Wohlstand, Menschenrechten und ökologischer Harmonie; (2) Nationalismus und Imperialismus sollten zugunsten der Entwicklung einer inklusiven, vielfältigen und fairen Demokratie zurücktreten; (3) alle Konflikte sollten friedlich beigelegt werden, jede Anhäufung struktureller Gewalt ist untragbar, insbesondere wenn man von Krieg, Kriegsvorbereitung oder Kriegsdrohung spricht.

Das Säbelrasseln in und um die Ukraine sollte eingestellt werden, die russischen und US-/NATO-Militärkräfte sollten abgezogen werden. Es sollte ein internationales Moratorium für Waffenlieferungen an die Ukraine und den von Russland kontrollierten Donbass und die Krim eingeführt werden. Die ukrainische Regierung sollte die totale Mobilisierung der Bevölkerung für den Krieg stoppen und die Kriegsdienstpflicht abschaffen oder zumindest das Recht auf Militärdienstverweigerung aus Gewissensgründen in voller Übereinstimmung mit geltenden internationalen Menschenrechtsstandards garantieren (in Zukunft sollte die Kriegsdienstpflicht völkerrechtlich verboten werden). Eine friedliche Beilegung des gegenwärtigen Konflikts sollte auf

der Grundlage der strikten Einhaltung des zuvor im Normandie- und Minsk-Format vereinbarten Waffenstillstands in weiteren inklusiven und umfassenden Friedensgesprächen zwischen allen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren erreicht werden.

Europa sollte die Forderung der NATO nach höheren Militärausgaben zurückweisen und verlangen, dass die USA ihre Atomwaffen aus Deutschland, den Niederlanden, Italien, Belgien und der Türkei abziehen. Europa sollte auch auf der Wiederherstellung des Vertrags über die Abwehr ballistischer Flugkörper bestehen, um die US-Raketen aus Rumänien und Polen zu entfernen, den von den USA angeführten Vorstoß zur Feindseligkeit gegenüber Russland und China ablehnen, den Wunsch der Menschen in der Region nach Frieden anerkennen und von den Vereinigten Staaten verlangen, dass sie die ersten wichtigen Schritte zur Deeskalation der Krise unternehmen. Dies setzt voraus, dass internationale Gewalt, nicht Diplomatie, als Bedrohung der Glaubwürdigkeit anerkannt wird. Idealerweise sollten alle Atommächte die Doktrin der gegenseitig gesicherten Zerstörung verurteilen und den Vertrag über das Verbot von Atomwaffen unterstützen.

Beim mündlichen Vortrag n Bretzenheim wurden einige Sätze weggelassen, wegen inhaltlicher Überschneidung mit vorherigen Reden.